

bei der Durchführung ihrer Politik von einer antinationalen Position ausgehen. Hitler ging im Interesse des deutschen Imperialismus von einer nationalistischen Position aus, aber jetzt gehen die deutschen Imperialisten von einer antinationalen Position aus. Sie haben die nationalen Interessen des deutschen Volkes nicht nur durch die Spaltung Deutschlands verraten, sondern auch dadurch, daß sie die nationale Kultur durch die Kulturbarbarei des amerikanischen Monopolkapitals ersetzen wollen, und vor allem dadurch, daß sie Westdeutschland in die europäische Hauptkriegsbasis für den Angriffskrieg gegen die Sowjetunion, gegen die Länder der Volksdemokratie und gegen die Deutsche Demokratische Republik verwandeln. Das würde den völligen Ruin Deutschlands bedeuten.

Diese antinationale volksfeindliche Politik macht es zur Lebensfrage unseres Volkes, alle patriotischen Kreise der Bevölkerung für den Kampf gegen die imperialistische Politik zu gewinnen. Der Bevölkerung in Westdeutschland muß zur Erkenntnis gebracht werden, daß das Wiedererstehen des deutschen Imperialismus, die Verwandlung Westdeutschlands in eine Basis der Kriegsbrandstiftung unweigerlich den Ruin Deutschlands und den Tod der westdeutschen Bevölkerung bedeutet.

Darin hat die Analyse des deutschen Imperialismus durch das Zentralkomitee unserer Partei für alle Friedenskräfte große politische Bedeutung:

Erstens: Der Arbeiterklasse und allen friedliebenden Menschen wird die Größe der Gefahr zum Bewußtsein gebracht, die durch das Wiedererstehen des deutschen Imperialismus als des Hauptverbündeten des amerikanischen Imperialismus für das deutsche Volk und für alle friedliebenden Völker heraufzieht.

Zweitens: Die Bevorzugung des deutschen Imperialismus durch den USA-Imperialismus, der die deutschen Monopolherren und Militaristen zu seinen Hauptverbündeten in Europa macht, gefährdet unmittelbar die Lebensinteressen des französischen, belgischen, holländischen, englischen und italienischen Volkes, indem der amerikanische und westdeutsche Imperialismus diese Völker nicht nur in ihre Abhängigkeit bringen, sondern sie in einen neuen furchtbaren Krieg hineinziehen wollen.

Drittens: Die Analyse des deutschen Imperialismus ist eine große Hilfe für die Arbeiterklasse und die friedliebenden Kräfte in Westdeutschland, denen nur die gründliche Kenntnis des Wesens der imperialistischen Politik der Führungen der CDU, der FDP, der Deutschen Partei, der SRP in Westdeutschland ermöglicht, wirkungsvoll gegen die chauvinistische Hetze dieser Parteien den Kampf zu führen und alle patriotischen Kräfte gegen die imperialistische Kriegspolitik der Monopolherren der USA sowie der westdeutschen Monopolherren und Militaristen zu einigen.

Viertens: Die Analyse des Wiedererstehens des deutschen Imperialismus ist die Grundbedingung, um die Mitglieder der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften in Westdeutschland davon zu überzeugen, daß die Forderung der rechtssozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer auf „Gleichberechtigung“ des deutschen Monopolkapitals nichts anderes ist als die Forderung auf die selbständige Rolle des deutschen Imperialismus. Die Politik der rechtssozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer zeigt, daß diese auf die Seite des deutschen Imperialismus übergegangen sind und dabei gleichzeitig die Politik des USA-Imperialismus unterstützen.

Fünftens: Die Gefahr, die durch das Wiedererstehen des deutschen Imperialismus hervorgerufen wurde, erfordert, daß die Friedensbewegung in Westdeutschland zu einer starken organisierten Kraft gemacht wird.

Sechstens: Für die Arbeiterklasse und für alle friedliebenden Bürger der Deutschen Demokratischen Republik ergibt sich die Schlußfolgerung, daß die demokratische Staatsmacht der Deutschen Demokratischen Republik weiter gestärkt und die Deutsche Demokratische Republik zur starken Basis des Kampfes um die Erhaltung des Friedens, gegen die aggressive Politik des amerikanischen und des westdeutschen Imperialismus gemacht werden muß.

Notwendig ist, daß wir nunmehr in unseren Parteiorganisationen, in allen Massenorganisationen, in der Volkspolizei usw. diese Fragen gründlich durcharbeiten, um daraus die richtigen Schlußfolgerungen für die unmittelbaren Aufgaben zu ziehen.

Die Souveränität der Monopole

Bemerkungen zum Schuman-Plan

Von Prof. Dr. Peter Steiniger, Berlin

Am 18. April 1951 Unterzeichneten der sog. Bundeskanzler Dr. Adenauer, der französische Außenminister Schuman, die Außenminister Italiens, Hollands, Belgiens und Luxemburgs den „Vertrag über die Gründung der europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ sowie eine Reihe von Protokollen, Briefen und Erklärungen zur Ergänzung der nationalen Abdankungs-urkunde der sechs Staaten. Der Vertrag, der nach der Ratifikation durch diese Staaten in Kraft treten soll, ist für die Dauer von 50 Jahren gedacht. Ausdrücklich wird in einer gemeinsamen Erklärung der Unterhändler, die sich hochtrabend Europäische Deklaration nennt, von einer „ersten übernationalen Einrichtung“ als Grundlage für die Schaffung eines „organischen Europas“ gesprochen. Die Absicht geht also auf eine Liquidierung der staatlichen Souveränität der westeuropäischen Länder und auf eine sukzessive Übergabe der Souveränitätsrechte an die großen Monopole durch die diesem Zweck entsprechende Einrichtung eines von den deutschen Imperialisten nach der Weisung ihrer amerikanischen Partner gesteuerten Mammuttrusts zunächst der westeuropäischen Grundstoffindustrien. Das ist nicht etwa nur eine notwendig zu erwartende Konsequenz, sondern bereits formal gesicherte Realität, soweit nicht die Völker der beteiligten Länder die Unterschrift der Diplomaten annullieren werden.

Art. 6 des Gründungsvertrages räumt der sog. Gemeinschaft internationale Rechtspersönlichkeit ein, Art. 76 statet sie in den Gebieten der Mitgliedstaaten mit Immunitäten und Privilegien aus, deren Umfang sich aus einem besonderen Protokoll ergibt. Danach reichen diese Vorrechte und Freiheiten bis zu denen, die souveräne Staaten im völkerrechtlichen Verkehr genießen: Unverletzlichkeit der Amtsgebäude, Exekutionsfreiheit hinsichtlich der Vermögenswerte, Devisenfreiheit, Steuerexemption, Privilegien der Nachrichtenübermittlung und das Recht zur Ausgabe eigener Pässe. Entsprechende Immunitäten und Privilegien werden den Mitgliedern der Organe der „Gemeinschaft“ eingeräumt.

Der Aufbau und die Zuständigkeit dieser Gruppe zeigt gleichfalls, daß die Monopole der Grundstoffindustrien Westeuropas unter Führung der westdeutschen nach der Weisung und im Interesse der amerikanischen Monopolisten die staatliche Hülle und die nationale Form der bürgerlichen Diktatur jetzt abstreifen und zur unmittelbaren Herrschaft und zum praktischen Kosmopolitismus übergehen. Nicht weniger als vier Hauptorgane baut der Vertrag auf und setzt sie in scheinbar demokratischen Formen in Aktion, indem er so wieder einmal demonstriert, daß die äußeren Formen nur zusammen mit dem sozialen, Inhalt deutbar sind.